

A black and white photograph of the United States Capitol building. In the foreground, a man in a dark suit and tie stands on the wide stone steps, looking towards the camera. The Capitol's neoclassical architecture, featuring large columns and a prominent dome, is visible in the background. A teal-colored rectangular box is overlaid on the upper left portion of the image, containing white text.

Andreas Rödter  
Wolfgang Elz (Hg.)

# DEUTSCHLAND IN DER WELT

Weichenstellungen in der  
Geschichte der Bundesrepublik

Vandenhoeck & Ruprecht





# Deutschland in der Welt

Weichenstellungen in der Geschichte der Bundesrepublik

Herausgegeben von  
Andreas Rödder und Wolfgang Elz

Vandenhoeck & Ruprecht

Umschlagabbildung:  
Adenauer in den USA 1953 / Washington D.C.  
© akg-images

Mit 17 Abbildungen

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind  
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-525-35895-5

eISBN 978-3-647-35895-6

© 2010, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen /  
Vandenhoeck & Ruprecht LLC, Oakville, CT, U.S.A.  
[www.v-r.de](http://www.v-r.de)

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen  
schriftlichen Einwilligung des Verlages. Hinweis zu § 52a UrhG: Weder das Werk noch seine  
Teile dürfen ohne vorherige schriftliche Einwilligung des Verlages öffentlich zugänglich  
gemacht werden. Dies gilt auch bei einer entsprechenden Nutzung für Lehr- und  
Unterrichtszwecke. Printed in Germany.

Satz: SchwabScantechnik, Göttingen  
Druck und Bindung: ☉ Hubert & Co, Göttingen

# Inhalt

|                                                                                       |     |
|---------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| Einleitung .....                                                                      | 7   |
| <i>Michael Kißener</i>                                                                |     |
| Westbindung 1955. Die politische Koordinatenverschiebung .....                        | 13  |
| <i>Joachim Scholtyseck</i>                                                            |     |
| Mauerbau 1961. Zwei Welten in Deutschland .....                                       | 29  |
| <i>Jan Kusber</i>                                                                     |     |
| Ostverträge 1970/72. Überwindung oder Zementierung<br>der Teilung Europas? .....      | 47  |
| <i>Tim Schanetzky</i>                                                                 |     |
| Ölpreisschock 1973. Wendepunkt des wirtschaftspolitischen Denkens .....               | 67  |
| <i>Harald Biermann</i>                                                                |     |
| NATO-Doppelbeschluss 1979. Westliche Defensive<br>oder Todesstoß für den Osten? ..... | 83  |
| <i>Andreas Rödder</i>                                                                 |     |
| Wiedervereinigung 1989/90. Deutsche Revolution<br>und internationale Ordnung .....    | 97  |
| <i>Andreas Lutsch / David Schumann</i>                                                |     |
| Maastricht 1992. Europäischer »Staatenverbund«<br>auf dem Weg zum Bundesstaat? .....  | 113 |
| <i>Helga Haftendorn</i>                                                               |     |
| Einsatz im Kosovo 1999. Das vereinte Deutschland und die Welt .....                   | 131 |
| Diskussion .....                                                                      | 145 |
| Bildnachweis .....                                                                    | 158 |
| Herausgeber, Autorin und Autoren .....                                                | 159 |



## Einleitung

»Die Politik ist das Schicksal« – was Napoleon im Oktober 1808 zu Goethe sagte, gilt in Deutschland jedenfalls für die internationale Politik. Denn die Staatenordnung war immer wieder von entscheidender Bedeutung für die deutsche Frage, die Europa und die Welt über Jahrhunderte in Atem hielt. In der Frühen Neuzeit diente das territorial große, politisch aber zersplitterte Reich in der Mitte des Kontinents als »diplomatisches Glacis im Frieden« und als »europäisches Kriegstheater im Konfliktfall« (Hagen Schulze). Im Kampf gegen Napoleon wurde zu Beginn des 19. Jahrhunderts die moderne deutsche Nationalstaatsbewegung geboren; die nationale Einheit wurde aber, Jahrzehnte später, erst nach weiteren Kriegen in der internationalen Konstellation der »Krimkriegssituation« (Andreas Hillgruber) möglich. Die Reichsgründung von 1871 veränderte die europäischen Kräfteverhältnisse grundlegend, und es war die Labilität der internationalen Ordnung im Zeitalter des Imperialismus und des Kolonialismus, die sich 1914 im Ersten Weltkrieg entlud. Mit jener »Urkatastrophe des zwanzigsten Jahrhunderts« (George F. Kennan) zerbrachen die großen Entwicklungschancen, die sich in der ebenso dynamischen wie unsicheren Übergangszeit der Hochindustrialisierung eröffnet hatten. Stattdessen gingen Deutschland und Europa mitten hinein in das Zeitalter der Katastrophen: Traumatisiert durch den Krieg und die Niederlage von 1918, als Großmacht aber nicht vernichtet, endeten die Versuche, Deutschland wieder Gleichberechtigung zu verschaffen, schlussendlich im welthistorischen Abgrund des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges.

Als die deutsche Herausforderung der Welt vernichtend zurückgeschlagen war, bestimmte eine andere Konstellation die Weltpolitik: Schon seit 1917, seit dem amerikanischen Eintritt in den Ersten Weltkrieg und der Russischen Oktoberrevolution, war der ideologische Dualismus zwischen westlich-bürgerlicher Demokratie und Marktwirtschaft auf der einen und kommunistisch-kollektivistischer Planwirtschaft und Diktatur auf der anderen Seite angelegt. Nachdem die Kontrahenten für kurze Zeit zur gemeinsamen Abwehr Hitler-Deutschlands zusammengefunden hatten, zerbrach diese Koalition bereits ein Jahr nach dem Zweiten Weltkrieg, und der offene Ost-West-Konflikt brach aus. Er stand am Anfang der Teilung Deutschlands – und an ihrem Ende: Denn abermals war es 1989/90 mit dem revolutionären Zusammenbruch des Ostblocks eine fundamentale Veränderung der weltpolitischen Rahmenbedingungen, die der deutschen Frage Möglichkeiten eröffnete und Grenzen setzte.

Mit der deutschen Einheit von 1990 wurde die deutsche Frage endgültig beantwortet: Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte fanden Freiheit und Einheit im Inneren mit äußerem Frieden und der grundsätzlichen Übereinstimmung mit den Nachbarn zusammen. Doch auch danach ließ die Weltpolitik das Land in der Mitte Europas nicht los – im Gegenteil stellte sich alsbald heraus, dass die Deutschen während des Ost-West-Konflikts an der Nahtstelle zwischen Ost und West, im Schatten der Weltpolitik vergleichsweise unbehelligt leben können. 1990 aber brach – anders als seinerzeit erwartet – kein neues Zeitalter von Frieden und Demokratie in der Welt an. Vielmehr taten sich bald neuartige, scharfe und blutige Konflikte auf, in denen nunmehr Deutschlands Engagement gefordert wurde. Seit 2001 beteiligt sich Deutschland am militärischen Einsatz in Afghanistan, und schließlich wurde auch das seit dem Zweiten Weltkrieg Unausprechliche offen ausgesprochen: das Wort vom Krieg.

Dass die Politik, zumal die Weltpolitik – nicht allein, aber unter anderem – »das Schicksal« war und ist, schlägt sich freilich in der deutschen Öffentlichkeit kaum nieder. Seit den Auseinandersetzungen um den NATO-Doppelbeschluss zu Beginn der achtziger Jahre ist kaum mehr eine wirklich grundlegende gesellschaftlich-politische Debatte über die deutsche Außenpolitik geführt worden. Auf der Beliebtheitsskala deutscher Politiker rangiert der Außenminister, unabhängig von Partei und Person, traditionell zumeist ganz oben – man mag sich fragen, ob dies daher rührt, dass sich kaum jemand für die wirklichen Probleme hinter der bildmächtigen Repräsentation interessiert. Dabei sind die internationalen Beziehungen, wie sich spätestens in Afghanistan zeigt, alles andere als eine Kuschelecke – und es mag sein, dass sich diese Debattenlage mit der weiteren Entwicklung dieses Einsatzes grundlegend ändert. In jedem Fall ist es nicht nur hilfreich, sondern notwendig, in solchen Debatten die historischen Hintergründe zu kennen.

Auch in den Geschichtswissenschaften hat das Interesse an Außenpolitik allerdings in den letzten Jahrzehnten deutlich nachgelassen. Während die ältere, historistische Geschichtsschreibung dazu neigte, Nationen als personale Entitäten mit unwandelbaren, vorgegebenen Interessen aufzufassen und Geschichte einseitig unter dem »Primat der Außenpolitik« im Zeichen der großen Männer zu schreiben, ging die Auffassung von Geschichte als »historischer Sozialwissenschaft« seit den siebziger Jahren in das andere Extrem über, dem Eigengewicht des internationalen Systems und der Eigenlogik von Außenpolitik allzu wenig Aufmerksamkeit zu widmen. So schlug die vormalige Dominanz der Außenpolitik in ein wahres Schattendasein um, während an vielen Stellen der Welt eine lebendige historische Forschung der internationalen Politik betrieben wurde. Mit dem Ende der ideologischen Konfrontationen haben sich aber auch in Deutschland die – sachlich ohnehin wenig produktiven – scharfen historiographischen Frontstellungen verloren, und mit dem Vordringen der Kulturgeschichte sind

neue Fragen an und neue Perspektiven auf den Gegenstand der Außenpolitik und der internationalen Beziehungen entwickelt worden. Zugleich zeigt die jüngste Entwicklung der internationalen Politik nur umso deutlicher, dass auch die klassischen Fragen ihre Bedeutung keineswegs verloren haben.

In einem solchen, perspektivisch offenen und breiten Verständnis wollen die folgenden Beiträge anhand von zentralen internationalen Entscheidungen und Ereignissen *Meilensteine* in der Geschichte der Bundesrepublik und mithin ihren Weg in unsere Gegenwart abschreiten. Letztlich geht es – wie im Grunde aller Geschichtsschreibung – darum, die eigene Gegenwart im Lichte einer möglichst unparteiisch beleuchteten Vergangenheit besser zu verstehen.

Nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands am 8. Mai 1945 bedurfte die deutsche Frage einer völlig neuen Antwort. Da die alliierten Siegermächte allerdings keine gemeinsame Lösung zu finden vermochten, sondern ihrerseits in den Ost-West-Konflikt gerieten, wurde Deutschland schließlich gleichsam aus Verlegenheit geteilt: Die Gebiete östlich von Oder und Neiße wurden zum nach Westen verschobenen Polen bzw. zur Sowjetunion geschlagen, in der sowjetischen Besatzungszone samt Ost-Berlin wurde der sozialistische deutsche Staat unter Vorherrschaft der Sowjetunion errichtet und aus den drei Westzonen die Bundesrepublik gebildet. Dieser westdeutsche Teilstaat vollzog mit der politischen Westbindung eine historische Umorientierung, nachdem sich Deutschland seit Bismarcks Reichsgründung stets als Makler oder Mitte Europas verstanden hatte. Den Zäsurcharakter dieser Westbindung betont der Beitrag von *Michael Kießener*, der die Optionen der Westdeutschen auslotet und dabei nicht nur auf die Bonner Regierungspolitik schaut, sondern zugleich die unterstützenden und grundlegenden Kräfte auf regionaler und lokaler Ebene ins Blickfeld rückt.

Dass Westbindung und Wiedervereinigung unter den Bedingungen des Kalten Krieges nicht zusammengingen, stellte sich immer deutlicher heraus, als die Zweistaatlichkeit länger anhielt, als zumindest die Westdeutschen ursprünglich gedacht hatten. Die Magnettheorie, also die Vorstellung von einer zwangsläufig zustande kommenden Wiedervereinigung aufgrund der ökonomischen Überlegenheit, funktionierte zwar nicht; nichtsdestoweniger entwickelte sich die Bundesrepublik zu einem Magneten, der die Ostdeutschen hunderttausend-, ja millionenfach anzog. Um den Flüchtlingsstrom zu stoppen, wurde die innerdeutsche Grenze abgeriegelt und schließlich, am 13. August 1961, die Berliner Mauer gebaut. *Joachim Scholtyseck* zeigt, dass die Initiative für den Mauerbau dabei vom Kreml auf die Ost-Berliner Führung überging. Die Mauer vermochte die fragile DDR in der Tat zu stabilisieren, wenn auch von Moskaus Gnaden – zumal die Westmächte keinerlei Neigung verspürten, wegen der deutschen Frage einen Krieg zu riskieren.

Damit war zugleich die Tendenz der Entspannungspolitik in den sechziger Jahren etabliert. Zu ihren Grundlagen gehörte die gegenseitige Anerkennung des

Status quo, mithin auch der deutschen Teilung (und der Abtrennung der deutschen Ostgebiete), wozu die Bonner Politik sich lange nicht in der Lage zeigte. Erst die sozial-liberale Koalition tat schließlich den Schritt zur politischen Anerkennung der »bestehenden wirklichen Lage«, wie es im Moskauer und im Warschauer Vertrag hieß – und Willy Brandt, am Rande der Vertragsunterzeichnung, den Kniefall in Warschau, der inzwischen zu einer Bildikone der Nachkriegsgeschichte geworden ist. *Jan Kusber* beschreibt die sozial-liberale Ostpolitik als Ergänzung zur Westpolitik Adenauers, die Ängste vor Deutschland im östlichen Europa zerstreute und der bundesdeutschen Politik zugleich größere Handlungsspielräume eröffnete.

Die Hoffnungen der Entspannungspolitik gipfelten in der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte von Helsinki am 1. August 1975, als jedoch die internationalen Schwierigkeiten auf politischer ebenso wie auf ökonomischer Ebene schon wieder rasch zunahmen. Mit dem endgültigen Zusammenbruch des Weltwährungssystems von Bretton Woods und dem ersten Ölpreisschock ging 1973 der lange Boom der Nachkriegszeit in den westlichen Industriegesellschaften zu Ende. *Tim Schanetzky* analysiert diesen zentralen Wendepunkt in der vierzigjährigen Geschichte der »alten« Bundesrepublik auf ökonomischer, politischer und sozialkultureller Ebene. Von weitreichender Bedeutung war dabei – wie es mehr als vier Jahrzehnte danach deutlich vor Augen steht –, dass sich das wirtschaftspolitische Denken von der »Gesellschaft« auf den »Markt« verlagerte.

Ende der siebziger Jahre herrschte in der Bundesrepublik und in den westlichen Industriegesellschaften allgemeine Krisenstimmung: Der zweite Ölpreisschock beförderte eine neuerliche Konjunkturkrise mit abermals steigenden Arbeitslosenzahlen, auf europäischer Ebene herrschte die »Eurosklерose«, und die Ost-West-Beziehungen erlebten mit dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan und dem NATO-Doppelbeschluss einen veritablen Wettersturz, mit dem das Tauwetter der Entspannung in den »zweiten Kalten Krieg« (Fred Halliday) umschlug. Warum die amerikanische Außenpolitik in weiten Teilen der westlichen Öffentlichkeit als größere Bedrohung für den Frieden eingeschätzt wurde denn die sowjetische, erklärt der Beitrag von *Harald Biermann* ebenso wie die Bedeutung des NATO-Doppelbeschlusses für den amerikanischen Sieg im Ost-West-Konflikt.

Als im Herbst 1983 die ersten amerikanischen Mittelstreckenraketen in Deutschland eintrafen, hätte niemand damit gerechnet, dass keine sieben Jahre später die DDR der Bundesrepublik beigetreten und damit die zwei Jahrhunderte alte deutsche Frage binnen kürzester Zeit staats- und völkerrechtlich endgültig beantwortet wäre. Gerade die Wiedervereinigung, die *Andreas Rödder* in ihren internationalen Zusammenhängen analysiert, belegt die historische Erfahrung, dass alles oft anders kommt als gedacht. Das gilt auch für die Zeit nach 1990, als sich abermals unerwartete Probleme auftraten: die Beteiligung deutscher Soldaten an internationalen Kampfeinsätzen, die Probleme mit dem Fortgang des europäi-

schen Integrationsprozesses zwischen Erweiterung und Vertiefung sowie unkontrollierbar eskalierende Krisen auf den liberalisierten Finanzmärkten im Rahmen der ökonomischen Globalisierung.

Der Prozess der europäischen Integration hatte bereits in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre schubartig an Schwung gewonnen. Er stand freilich, zumal nach der Zeitenwende von 1989/90, in der steten Spannung zwischen Erweiterung und Vertiefung, zwischen politischer und wirtschaftlicher Union, zwischen intergouvernementaler und supranationaler Integration, wie *Andreas Lutsch* und *David Schumann* darlegen. Nicht Bundesstaat, aber auch nicht nur Staatenbund, bezeichnete das Bundesverfassungsgericht die Europäische Union des Vertrags von Maastricht in seinem Urteil aus dem Jahr 1993 als »Staatenverbund« – in dem die Souveränität freilich bei den Einzelstaaten verbleibe und ihre Völker »die Subjekte demokratischer Legitimation bleiben«, wie dasselbe Gericht sechzehn Jahre später in seinem Urteil zum Lissabon-Vertrag postulierte. Und mehr noch setzte es dem Integrationsprozess deutliche Grenzen: »Die europäische Vereinigung [...] darf nicht so verwirklicht werden, dass in den Mitgliedstaaten kein ausreichender Raum zur politischen Gestaltung der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebensverhältnisse mehr bleibt.« Die von der griechischen Staatsverschuldung angestoßene Euro-Krise schuf freilich 2010 gleichsam über Nacht neue Herausforderungen und Tatbestände.

Europäische Integration, Finanzmärkte und Globalisierung, Sicherheitspolitik und Kampfeinsätze – am Ende des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts bündelten sich die Probleme, die sich nach der Wiedervereinigung in einem gewandelten internationalen Umfeld stellten. Die »Rückkehr Deutschlands in die Weltpolitik« auf sicherheitspolitischer Ebene thematisiert *Helga Haftendorn* ausgehend vom Kosovo-Konflikt, dem ersten bewaffneten Einsatz der Bundeswehr. In der Haltung der Regierung Schröder zum amerikanischen Krieg im Irak im Jahr 2002 wurde unterdessen deutlich, dass die deutsche Politik neben der traditionellen Selbstbeschränkung verstärkt zu Gesten der Selbstbehauptung griff, die den deutschen Handlungsspielraum auf internationaler Ebene letztlich allerdings eher einschränkten. Deutschland zögere, so Haftendorns Resümee, seiner gewachsenen Bedeutung in der Welt durch die Übernahme entsprechender Verantwortung gerecht zu werden, und habe seine Rolle in der Welt noch nicht gefunden.

Vor diesem Hintergrund nehmen *Otto Depenheuer*, *Herfried Münkler* und *Peter Struck* unter Moderation von *Peter Voß* abschließend eine Bestandsaufnahme von nationalen Interessen und internationaler Integration aus deutscher Perspektive vor. Dabei wird deutlich, wie komplex dieser gesamte Gegenstandsbereich geworden ist, zumal sich strategische Gesichtspunkte und internationale Solidarität in einer unübersichtlicher gewordenen Weltordnung überlagern. In Afghanistan zeigt sich zugleich das Dilemma von internationaler Politik und nationaler Kommunikation: Da strategische Interessen allein als nicht hinrei-

chend erschienen, wurde der Einsatz in der deutschen Öffentlichkeit zusätzlich mit humanitären Zielen begründet, die sich freilich als kaum einlösbar herausstellten – und in der Folge die Legitimation des gesamten Einsatzes gefährden. Anders liegen die Probleme im Falle der europäischen Integration: Weil sie ohne ernsthafte gesellschaftlich-politische Debatte seitens der politischen Eliten implementiert wurde, mangelt es der Europäischen Union neben demokratischer Legitimation auch an Verankerung in den nach wie vor national verfassten politischen Öffentlichkeiten Europas. Über diesen Strukturproblemen ist freilich der historische Gewinn der europäischen Einigung nicht zu vergessen, mit dem Peter Struck die Diskussion beschließt: »Es ist doch das Wichtigste überhaupt, dass wir keine Angst vor dem Angriff irgendeines anderen Landes mehr haben müssen. Das ist ein wirklich hohes Gut, für das auch Europa steht.«

Diese Debatte geht auf eine Podiumsdiskussion in Mainz zurück, die eine neunteilige »Universität im Rathaus« unter dem Titel »Deutschland in der Welt. Weichenstellungen in der Geschichte der Bundesrepublik« im Wintersemester 2009/10 beschloss. Die Vorträge dieser Reihe bilden auch, ergänzt um zusätzliche Beiträge, die Grundlage dieser Publikation, für die der essayistische Stil bewusst beibehalten worden ist. Dabei dient das in der Überschrift genannte Ereignis jeweils als Ausgangspunkt, um den Problemzusammenhang in historischer Perspektive zu entfalten.

Möglich gemacht haben diese Veranstaltung und mithin die Publikation, in Verbindung mit der Stresemann-Gesellschaft e.V., die Stadt Mainz sowie die Johannes Gutenberg-Universität, deren Präsidium regen Anteil an der Reihe genommen hat. Möglich geworden ist die gesamte Veranstaltung durch das große Engagement von Petra Giegerich, der Leiterin der Stabsstelle Kommunikation und Presse der Universität. Auf Seiten des Verlages konnten wir einmal mehr auf die bewährte Zusammenarbeit mit Martin Rethmeier und Daniel Sander bauen. Last not least geht unser Dank für die redaktionelle Unterstützung am Lehrstuhl an Liselotte Görg, Anna Kranzdorf und Felix Posnien.

Mainz, im Juni 2010

Andreas Rödder   Wolfgang Elz

Michael Kißener

## Westbindung 1955

### Die politische Koordinatenverschiebung

Erfolgreiche politische Projekte haben es in der Historiographie manchmal nicht leicht. In ihrer Zeit und in den ersten Jahren danach bestimmt die politische Kontroverse über das Projekt zumeist dessen Wahrnehmung so sehr, dass sich seine Reichweite und Bedeutung oft nicht genau definieren lässt. Aus der langen historischen Distanz wiederum erscheint vieles dann allzu leicht zwangsläufig, geradlinig: Was sich ex ante als unerhört und riskant darstellte und deshalb heftig umstritten war, wird ex post schnell zu einer Zwangsläufigkeit, ja zu einem Punkt unter vielen anderen im langen Strom der Geschichte. Damit verblasst die Zäsur, die Wegmarke leicht.

So scheint es auch mit den politischen Grundfestlegungen zu sein, die in den ersten rund zehn Nachkriegsjahren in Westdeutschland unter dem Stichwort »Westbindung« getroffen wurden. Die mit dem Deutschlandvertrag und dem NATO-Beitritt der Bundesrepublik gekrönte feste Verankerung Deutschlands in der Gemeinschaft der demokratischen Staaten Westeuropas und im transatlantischen Sicherheitssystem hat Sebastian Haffner einmal ganz richtig als »einleuchtend bis zur Unvermeidlichkeit«<sup>1</sup> bezeichnet und dabei doch ihre Umstrittenheit und das Wagnis, das sie bedeutete, allzu sehr nivelliert. Eben deshalb hat Hans-Peter Schwarz gemahnt, nicht zu verkennen, wie oft dieses politische Projekt gefährdet war, und Arnulf Baring hat erst kürzlich beklagt, dass gerade die erste Phase der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zwar die »tüchtigsten und optimistischsten Jahre der Republik« gewesen seien, dass das in dieser Zeit mühsam erarbeitete internationale Ansehen aber von den nachfolgenden Generationen bis heute als viel zu selbstverständlich betrachtet werde.<sup>2</sup>

Vor diesem Hintergrund erscheint es zweckmäßig, die politischen Rahmenbedingungen zu rekapitulieren, von denen das erste Nachkriegsjahrzehnt bestimmt wurde, um sodann die politischen Optionen zu erwägen, die in diesem Rahmen denkbar waren. So können der Standort und der Zäsurcharakter vielleicht am besten verdeutlicht werden, den die Westbindung in der Geschichte der deutschen Außenpolitik im 19. und 20. Jahrhundert einnimmt. Die wesentlichen Entwicklungsetappen, die die Westbindung konstituierten, sind ohne Anspruch auf Vollständigkeit nur zu erwähnen, wichtiger noch scheint ein abschließender Blick auf Wurzeln und Träger dieses Konzeptes.

## I.

Die Politiker, die nach 1945 daran gingen, eine neue deutsche Staatlichkeit aufzubauen und im internationalen Rahmen zu verankern, waren alles andere als zu beneiden. Im Grunde glichen sie Bauherren, die aus einer zerschossenen Ruine ein neues Haus aufbauen sollten, ohne dass ihnen brauchbares Baumaterial zur Verfügung stand. Bauherren, die von gleich mehreren Bauaufsichtsbehörden kontrolliert wurden, welche untereinander über die Eigentumsrechte an diesem Haus so zerstritten waren, dass sie sich nicht einmal über eine Baugenehmigung einigen konnten und sich deshalb behinderten, ja einander drohten, dem anderen das Erbaute sogleich wieder einzureißen. Bauherren, die von dem Rat gleich mehrerer Architekten abhängig waren, welche über die rechte Bauweise in schwere Zerwürfnisse geraten waren und mit Arbeitern das Werk beginnen wollten, die deprimiert, hungrig und orientierungslos waren. Jeder vernünftige Mensch würde einen solchen Versuch wohl als unrealistisch einstufen.

Deutschland glich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis weit in die fünfziger Jahre hinein einer gespenstischen Trümmerwüste – das in seinem historischen Stadtkern zu über 80 Prozent zerstörte Mainz mag nur als eines von vielen Beispielen gelten. Die Menschen hausten zu großen Teilen buchstäblich auf der Straße und hungerten so sehr, dass ihre Arbeitsfähigkeit deutlich eingeschränkt war. Die Säuglingssterblichkeit stieg, und in der Pfalz fanden noch im Sommer 1948 Hungerdemonstrationen der ausgemergelten, verzweifelten Menschen statt. Deutschland war 1945 vollständig besiegt und geschlagen, ohne jede eigene staatliche Ordnung und durch die Verbrechen des NS-Staates mit einer erdrückenden moralischen Schuld beladen. Das Land stand unter der Herrschaft von vier Besatzungsmächten, die es in z. T. hermetisch voneinander abgeschlossenen Zonen ihrer Verwaltung unterworfen hatten. Wie die meisten geschlagenen Wehrmachtssoldaten richtig vermutet hatten, waren die Lebensbedingungen in den von Briten und Amerikanern beherrschten westlichen Zonen noch am besten, weshalb jeder, wenn er nur konnte, sich dahin zu retten suchte. Wenn man so will, war das eigentlich schon die erste Abstimmung mit den Füßen für den Westen.

In der französischen Zone bestimmte die Erinnerung an den drei Mal von Deutschen nach Frankreich getragenen Krieg sowie eine harte Besatzung durch die deutsche Wehrmacht von 1940 bis 1944 nebst zahlreichen Verbrechen an französischen Staatsbürgern zunächst das Verhältnis zu den Besiegten. »Sécurité et charbon« forderte deshalb die Mehrzahl der Franzosen von den Deutschen. Ganz ähnlich waren die Verhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone, wo sich die Rotarmisten zunächst einmal für die von der Wehrmacht verübten Verbrechen im Russlandfeldzug an der deutschen Bevölkerung schadlos hielten und das besetzte Land sodann zum Nutzen der eigenen Wirtschaft ausbeuten wollten. Im Unterschied zu Frankreich allerdings suchte der sowjetische Diktator